

Correspondent.

Erscheint:

Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Gewöhnliche Stelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pf. durch den Hermiträger. —
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

N. 42.

Dienstag den 28. Februar.

1893.

Für den Monat März werden Abonnements
auf den

„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Post-
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.
Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die Agrarier.

Gegenüber der Forderung der Agrarier, daß der
Staat die Pflicht habe, durch künstliche Maßregeln
die Getreidepreise auf einer Höhe zu halten, welche
den Produzenten unter allen Umständen eine aus-
reichende Vergütung des in Grundbesitz angelegten
Kapitals sichert, erhebt die „Nordd. Allg. Ztg.“
den Einwand, daß, da die inländische Getreide-
production nicht ausreicht, den für die Ernährung
des Volkes notwendigen Nahrungsbedarf zu decken,
der Staat gezwungen sei, die Beschaffung des Mehr-
bedarfs durch seine Handelspolitik zu erleichtern.
Durch eine intensivere Bewirtschaftung, führt sie aus,
könnte der Grundbesitz die inländische Production
nur in der Form des Großbetriebes steigern. Die
Forderung des Großbetriebes widerstrebe aber der
ganzen Agrarpolitik, welche durch das Rentengüter-
gesetz auf eine Erhaltung und Vermehrung des Klein-
betriebes, d. h. des bäuerlichen Betriebes hinauslaufe.
Die „Norddeutsche“ verneint also die Möglichkeit,
durch Steigerung der Intensität des landwirtschaft-
lichen Betriebes dessen Production so weit zu erhöhen,
um die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs für eine
steigende Bevölkerungsziffer in Zukunft zu erzielen.
Ohne es zu wollen, hat damit das offiziöse Blatt
den Beweis geliefert, daß die Uebereinstimmung der
Interessen des Großgrundbesitzes und des bäuerlichen
Besitzes nur eine Fiktion ist, mit der die Agrarier die
Bauern für ihre Agitation für künstliche Steigerung
der Getreidepreise zu gewinnen bemüht sind. Der
Bauer hat dafür auch ein ganz sicheres Gefühl.
Denn nichts ist für ihn empfindlicher, als das auch
heute von dem Großgrundbesitz noch geübte „Bauern-
legen“. Ob die „Norddeutsche“ aus ihren richtigen
Prämissen bemächigt auch zu der Schlussfolgerung
gelangen wird, daß der Staat, um dem Kleinbetriebe
die bisherige Ausdehnung zu erhalten, bzw. dieselbe
nach Möglichkeit zu erweitern, dem Ueberhandnehmen
des Großgrundbesitzes und der Festlegung desselben
in der Form des Fideicommisses entgegenzuwirken
verpflichtet sei, bleibt abzuwarten. Bisher ist vielfach
der entgegenge setzte Weg eingeschlagen worden, indem
die Regierung, um reichen Leuten die Schaffung von
Fideicommissen zu erleichtern, auf die Erhebung der
Stempelabgaben verzichtet hat.

Politische Uebersicht.

In Brüssel hat am Sonntag Vormittag 9 Uhr
das Referendum in der Stadt und den Vororten
über das in Belgien einzuführende Wahlsystem
unter reger Theilnehmung der Bevölkerung begonnen.
Die Abstimmung findet über folgende fünf Anträge
statt: 1) das mit vollem Stimmrecht 21. Lebensjahre zu-
stehende active allgemeine Wahlrecht (Antrag Janssen);
2) das mit vollem Stimmrecht 25. Lebensjahre zustehende
active allgemeine Wahlrecht (Antrag Notomb); 3)
Ausschluß der Unterfügten und derer, welche weder
lesen noch schreiben können (Antrag Graux); 4) Ab-
hängigkeit der Wahlberechtigung von dem Innehaben
einer eigenen Wohnung und dem Nachweis eines
gewissen Bildungsgrades (Regierungsvorlage); 5)
Ausschluß derjenigen von der Wahlberechtigung, welche
keine Volksschulbildung besitzen (Antrag Frotte-Déon).
Die Stimmabgabe, welche in Redactionelocalen, Cafés
und anderen öffentlichen Localen vorgenommen wird,
volzog sich in völliger Ruhe und Ordnung. In
den Vorstädten wurde die Abstimmung um 6 Uhr,
im Innern der Stadt um 9 Uhr abends geschlossen.

Ein neuer tschechischer Vorstoß gegen die
staatsrechtliche Gestaltung in Oesterreich-Ungarn
und gegen die Dreibundspolitik ist am Freitag im
österreichischen Abgeordnetenhaus von dem Jung-
tschechischen Führer Gregr versucht worden. Derselbe
hielt eine förmliche Brandrede gegen die Verfassung,
in welcher er unter heftigen Angriffen gegen die
Regierung für ein selbständiges Königreich Böhmen
eintrat und bei seinen Ausführungen gegen den Dreibund
sich zu der Beschuldigung hinreißte, daß Oesterreich
seine Völker unterdrücken müsse, weil es sonst in
Berlin unangenehm berühren würde. Es sei also
nicht mehr Herr im eigenen Lande. Der leitende
Staatsmann werde vom König von Preußen entgegen
zurückgesetzt oder ausgezeichnet, je nachdem er die
österreichischen Völker mehr oder weniger unterdrücke.
Gregr wandte sich zum Schluß gegen das österreichische
Parlament überhaupt. Dasselbe sei den Tschechen
eine fremde, ungerechte Institution. Ein Parlament
sei der Landtag des Königreichs Böhmen. Die
Tschechen haben ihren Willen nur nach einem
Ziele zugewendet: nach Freiheit und Unabhängigkeit
ihres Vaterlandes. Im Gegenfag zu Dr. Gregr
sprach darauf Dr. v. Plener in ziemlich versöhn-
licher Weise. Er bewahrte die schärfste Sonart der
Gregr'schen Rede und betonte das Streben der
Deutschen nach einer friedlichen Lösung der böhmischen
Frage. Die Deutschen seien zu einer schrittweisen
Verständigung mit den Tschechen bereit und
werden trotz der Provokationen der Tschechen sich nicht
hinreißen lassen, ihre Mäßigung aufzugeben. Abg.
Herold unterstützte die Ausführungen Gregr's; er
misste aber die Mäßigung und das Entgegenkommen
Plener's anerkennen, meinte jedoch, den Worten
müßten die Thaten folgen. Dr. Rusz erklärte, es
bedürfe vor Allem der Einklinkung der Agitation von
Seiten der Tschechen, um beiderseits die Stimmung
herzustellen, welche die Beachtung der eingetretenen
Mäßigung ermögliche. Er forderte die Tschechen auf,
sich mit ganzer Kraft in den Dienst des Staates zu
stellen. Damit schloß unter lebhafter Bewegung des
Hauses die Debatte, ohne daß die Regierung in der-
selben das Wort ergriff. — Der Landgemeinbezirk
Reichenberg wählte den deutschfortschrittlichen
Candidates Augsten mit 220 von 362 Stimmen
zum Reichsrathsabgeordneten.

Zum Präsidenten des französischen Senats
ist, wie nach der vorbereitenden Wahl der republi-
kanischen Parteien vorauszusetzen war, Jules Ferry
mit 148 von 249 Stimmen gewählt worden. Magnin
erhielt 26, Kerber, der Führer der Rechten, 39 St.
Die Wahl Ferry's wurde mit Beifall aufgenommen.
In der Panamaaffäre protestirt Bischoffsheim
gegen die mitgetheilte Beschuldigung des „Figaro“,
daß er der bisher unbekannt gebliebenen Cawpänger
des Chees über eine halbe Million Francs von Reimach
sei. Er erklärt, weder in geschäftlicher noch gesell-
schaftlicher Beziehung zu Reimach gehalten zu haben.
— Andrieux, welcher von den Voulangisten im
siebenten Pariser Arrondissement als Candidat für
die nächsten allgemeinen Wahlen aufgestellt ist,
versprach in seiner Candidatentrede, zu geeigneter Zeit
die Namen aller compromittirten Deputirten mitzu-
theilen; dieselben machten ein Drittel aller Parla-
mentsmitglieder aus. — Der französische Börsen-
steuer-Gesetzentwurf wurde am Freitag von der
Deputirtenkammer mit 436 gegen 41 Stimmen an-
genommen, nachdem ein Antrag Faure, der durch Ab-
änderung des Artikels 1 der Vorlage die Coulfisse ge-
wissermaßen legalisiren wollte, auf Einspruch des
Finanzministers Tirard mit 417 gegen 78 Stimmen
abgelehnt war. — Der parlamentarische Unter-
suchungs-Ausschuss prüft zur Zeit die Aussagen
von Charles Lessps von dem Untersuchungs-
richter Franqueville, die bisher nicht bekannt gegeben
wurden. Die Aussagen lauten äußerst belastend für
Floquet, Freycinet und Clemenceau. Lessps
erklärte, daß die Panama-Gesellschaft im Jahre 1888
auf Drängen des damaligen Ministerpräsidenten
Floquet insbesondere den beiden Zeitungen „Paris“

und „Radical“ erhebliche Summen zahlte, die in
seinem Verhältnis zu deren Verbreitung standen. Auf
Veranlassung Clemenceaus und Freycinets wurden
ferner Cornelius Herz mehrere Millionen ausgezahlt,
weil dieser bereits im Jahre 1888 eine Liste der
besprochenen Parlamentarier zu veröffent-
lichen drohte. Zweifellos wird der Prozeß am
8. März alle diese neuen Enthüllungen klarstellen.
— Der Abgeordnete Boffy d'Anglas brachte
einen Antrag ein auf strafgerichtliche Verfolgung aller
Zeitungen, die in Form selbständiger Artikel be-
zahlte Reclamen für Finanzoperationen veröffentlichen;
eine solche Veröffentlichung soll als Betrug betrachtet
werden.

Trotz des besseren Verhältnisses Rußlands zu
Deutschland und der günstigeren Ausichten für die
deutsch-russische Zollvereinbarung läßt die herrschende
nationalistische Richtung in der russischen Presse nicht
nach, gegen Deutschland eine missgünstige Stimmung
zu verbreiten und das Vertrauen zu der deutschen
Politik zu erschüttern. Wenn man es in diesen
nationalistischen Kreisen ausgegeben zu haben scheint,
den russischen Regierungskreisen einzureden, daß
Frankreichs Regierungspolitik immerhin Vertrauen
verdiene, so soll wenigstens Deutschland nicht dabei
gewinnen, und die „Nowoje Wremja“ erklärt soeben,
daß die innere politische Lage in Deutschland sich
immer unbestimmter gestalte und „jedes logischen
Sinnes zu entbehren beginne.“ Einen Beleg
für diese Behauptung erbringt das Blatt nicht, aber
darum ist es ihm ja auch nicht zu thun. Seine ge-
hässliche Schilderung der Lage in Deutschland sagt es
in folgende Schlussworte zusammen: „Es ergibt sich
ein vollständiger Wirrwarr in der Abständigung der
gegenwärtigen deutschen Politik, in der Waffengerassel
mit friedliebenden Kundgebungen und Lobbyarbeit der
eigenen Kraft mit Andeutungen auf angeblich für das
Reich andbrechende schwere Zeiten sich mischen. Europa
kann an diese Zusammenhangslosigkeit der Erscheinungen
sich gar nicht gewöhnen und fragt zweifelvoll, was
es von einer Regierung zu erwarten habe, an deren
Spitze ein Staatsmann mit so unbestimmter Phy-
siognomie steht, wie der gegenwärtige deutsche Reichs-
kanzler.“ — In einem Spiegel solcher Art werden
den russischen Lesern in dem leitenden Blatt tagtäglich
die deutschen Verhältnisse vorgeführt!

In der italienischen Deputirtenkammer
interpellirte der Radicale Bovio die Regierung über
das Disziplinerverfahren gegen den Doughty
wegen dessen Veröffentlichungen über die Führer-
pflichten und politischen Zustände. Ministerpräsident
Giolitti lehnte die Beantwortung vor dem Urtheils-
spruch des Staatsraths ab. Bovio verlangte darauf
Rebeseitigung vor Fürstenthrone. Die Zeiten seien der
Ablehnung nicht günstig; man solle also den nicht
häuften, der die Volkstimme vor den Thron bringt.
Jedenfalls sollte nur der Fürst darüber zu Bericht
sitzen, nicht der Staatsrath. — Zur italienischen
Bankfrage hofft der „Tribuna“ zufolge die Regie-
rung, da die Inspection sämtlicher Commissionen-
Institute beendigt ist, die Resultate derselben dem
Parlamente zu Anfang des künftigen Monats vor-
legen zu können; die Regierung dürfte bis dahin auch
in der Lage sein, einen Gesetzentwurf betreffend die
Organisation der Commissionen-Institute mit einem
vollständig flüssigen Kapital einzubringen.

Der Ausschuss des dänischen Folketings
hat die Erhebung einer Steuer von dem Nettogewinn
der Aktiengesellschaften und zwar im Betrage von
2 pSt. für die inländischen Aktiengesellschaften und
im Betrage von 3 pSt. für die ausländischen Akti-
engesellschaften wegen der im Lande erzielten Einnahmen
beantragt.

Die argentinische Regierung hat die Mobil-
machung der Nationalgarde unterzeichnet.

In Serbien ist es abermals zu ersten Ruhe-
störungen gekommen. Der Justizminister hatte
nach der Kreisstadt Bogazaraag eine Commission ent-
sendet, um die angeblichen Mißbräuche des dortigen
Gerichtshofes aufzudecken. Der Präsident des Kreis-

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Gesetzliche Stelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnement-Preis:
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Herbringenden. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 42.

Dienstag den 28. Februar.

1893.

Für den Monat März werden Abonnements
auf den
„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Post-
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.
Zusätze finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die Agrarier.

Gegenüber der Forderung der Agrarier, daß der
Staat die Pflicht habe, durch künstliche Maßregeln
die Getreidepreise auf einer Höhe zu halten, welche
den Produzenten unter allen Umständen eine aus-
reichende Verzinsung des in Grundbesitz angelegten
Kapitals sichert, erhebt die „Nordd. Allg. Ztg.“
den Einwand, daß, da die inländische Getreide-
produktion nicht ausreicht, den für die Ernährung
des Volkes notwendigen Nahrungsbedarf zu decken,
der Staat gezwungen sei, die Beschaffung des Nehr-
bedarfs durch seine Handelspolitik zu erleichtern.
Durch eine intensivere Bewirtschaftung, führt sie aus,
könnte der Grundbesitz die inländische Produktion
nur in der Form des Großbesitzes steigern. Die
Förderung des Großbetriebes widerstrebe aber der
gesamten Agrarpolitik, welche durch das Rentengüter-
gesetz auf eine Erhaltung und Vermehrung des Klein-
betriebes, d. h. des bäuerlichen Betriebes hinauslaufe.
Die „Norddeutsche“ verneint also die Möglichkeit,
durch Steigerung der Intensität des landwirtschaft-
lichen Betriebes dessen Produktion so weit zu erhöhen,
um die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs für eine
steigende Bevölkerungsziffer in Zukunft zu erzielen.
Ohne es zu wollen, hat damit das offiziöse Blatt
den Beweis geliefert, daß die Uebereinstimmung der
Interessen des Großgrundbesitzes und des bäuerlichen
Besitzes nur eine Fiktion ist, mit der die Agrarier die
Bauern für ihre Agitation für künstliche Steigerung
der Getreidepreise zu gewinnen bemüht sind. Der
Bauer hat dafür auch ein ganz sicheres Gefühl.
Denn nichts ist für ihn empfindlicher, als das auch
heute von dem Großgrundbesitz noch gelte, „Bauern-
legen“. Ob die „Norddeutsche“ aus ihren richtigen
Prämissen demnach auch zu der Schlussfolgerung
gelangen wird, daß der Staat, um dem Kleinbetriebe
die bisherige Ausdehnung zu erhalten, bezw. dieselbe
nach Möglichkeit zu erweitern, dem Ueberhandnehmen
des Großgrundbesitzes und der Festlegung desselben
in der Form des Fideicommisses entgegenzuwirken
verpflichtet sei, bleibt abzuwarten. Bisher ist vielfach
der entgegengelegte Weg eingeschlagen worden, indem
die Regierung, um reichen Leuten die Schaffung von
Fideicommissen zu erleichtern, auf die Erhebung der
Stempelabgaben verzichtet hat.

Politische Uebersicht.

In Brüssel hat am Sonntag Vormittag 9 Uhr
das Referendum in der Stadt und den Vororten
über das in Belgien einzuführende Wahlrecht
unter reger Theilnehmung der Bevölkerung begonnen.
Die Abstimmung findet über folgende fünf Anträge
statt: 1) das mit vollendetem 21. Lebensjahre zu-
stehende active allgemeine Wahlrecht (Antrag Zanfou);
2) das mit vollendetem 25. Lebensjahre zustehende
active allgemeine Wahlrecht (Antrag Rothomb); 3)
Ausschluß der Unterthätigen und derer, welche weber
lesen noch schreiben können (Antrag Graux); 4) Ab-
hängigkeit der Wahlberechtigung von dem Innehaben
einer eigenen Wohnung und dem Nachweis eines
gewissen Bildungsgrades (Regierungsvorlage); 5)
Ausschluß derjenigen von der Wahlberechtigung, welche
keine Volksschulbildung besitzen (Antrag Frere-Drean).
Die Stimmabgabe, welche in Redaktionslocalen, Cafés
und anderen öffentlichen Localen vorgenommen wird,
vollzog sich in völliger Ruhe und Ordnung. In
den Vorstädten wurde die Abstimmung um 6 Uhr,
im Innern der Stadt um 9 Uhr abends geschlossen.



müssen die Thaten folgen. Dr. Kus erklärte, es
bedürfe vor Allem der Einstellung der Agitation von
Seiten der Jesuiten, um beiderseits die Stimmung
beruhestellen, welche die Beachtung der eingetretenen
Mäßigung ermöglichte. Er fordere die Jesuiten auf,
sich mit ganzer Kraft in den Dienst des Staates zu
stellen. Damit schloß unter lebhafter Bewegung des
Hauses die Debatte, ohne daß die Regierung in der-
selben das Wort ergriff. — Der Landgemeindebe-
rath wählte den deutschfortschrittlichen
Candidaten Aughen mit 220 von 362 Stimmen
zum Reichsrathsabgeordneten.

Zum Präsidenten des französischen Senats
ist, wie nach der vorbereiteten Wahl der republi-
kanischen Parteien vorausgesehen war, Jules Ferry
mit 148 von 249 Stimmen gewählt worden. Maquin
erhielt 26, Kerdrat, der Führer der Rechten, 39 St.
Die Wahl Ferry's wurde mit Beifall aufgenommen.
In der Panamaaffäre protestirt Vischoffsheim
gegen die mitgetheilte Beschuldigung des „Figaro“,
daß er der bisher unbekannt gebliebene Empfänger
des Checks über eine halbe Million Francs von Reinach
sei. Er erklärt, weder in geschäftlicher noch gesell-
schaftlicher Beziehung zu Reinach gekannt zu haben.
— Andrieux, welcher von den Boulangisten im
siebenten Pariser Arrondissement als Candidat für
die nächsten allgemeinen Wahlen aufgestellt ist, ver-
sprach in seiner Candidatentreue, in geeigneter Zeit
die Namen aller compromittirten Deputirten mitzu-
theilen; dieselben machten ein Drittel aller Parla-
mentsmitglieder aus. — Der französische Börsen-
steuer-Gesetzentwurf wurde am Freitag von der
Deputirtenkammer mit 436 gegen 41 Stimmen an-
genommen, nachdem ein Antrag Faure, der durch Ab-
änderung des Artikels 1 der Vorlage die Coullisse ge-
wissermaßen legalisiren wollte, auf Einspruch des
Finanzministers Tirard mit 417 gegen 78 Stimmen
abgelehnt war. — Der parlamentarische Unter-
suchungs-Ausschuß prüft zur Zeit die Aussagen
von Charles Lessps vor dem Untersuchungs-
richter Franquesville, die bisher nicht bekannt gegeben
wurden. Die Aussagen lauten äußerst belästigend für
Floquet, Freycinet und Clemenceau. Lessps
erklärte, daß die Panama-Gesellschaft im Jahre 1888
auf Drängen des damaligen Ministerpräsidenten
Floquet insbesondere den beiden Zeitungen „Paris“

„Radical“ erhebliche Summen zahlte, die in
seinem Verhältnis zu deren Verbreitung standen. Auf
Veranlassung Clemenceaus und Freycinets wurden
von Cornelius Herz mehrere Millionen ausgezahlt,
zu dieser bereits im Jahre 1888 eine Liste der
bekannten Parlamentarier zu veröffent-
lichen drohte. Zweifellos wird der Proceß am
März alle diese neuen Enthüllungen klarstellen.
Der Abgeordnete Bussy d'Anglas brachte
den Antrag ein auf strafgerichtliche Verfolgung aller
Ereignisse, die in Form selbständiger Artikel be-
zogene Reclamen für Finanzoperationen veröffentlicht;
eine solche Veröffentlichung soll als Betrug betrachtet
werden.

Trotz des besseren Verhältnisses **Außlands** zu
Deutschland und der günstigeren Ausichten für die
russisch-deutsche Zollvereinbarung läßt die herrschende
nationalistische Richtung in der russischen Presse nicht
ab, gegen Deutschland eine mißgünstige Stimmung
zu verbreiten und das Vertrauen zu der deutschen
Politik zu erschüttern. Wenn man es in diesen
nationalistischen Kreisen ausgehen zu haben scheint,
da russischen Regierungskreisen einzureden, daß
ankreichs Regierungspolitik immerhin Vertrauen
diene, so soll wenigstens Deutschland nicht dabei
winnen, und die „Nowoje Wremja“ erklärt soeben,
daß die innere politische Lage in Deutschland sich
mer unbestimmter gefalte und „jedem logischen
Innes zu entbehren beginne“. Einen Beleg
dieser Behauptung erbringt das Blatt nicht, aber
um ist es ihm ja auch nicht zu thun. Seine ge-
sellige Schilderung der Lage in Deutschland faßt es
folgende Schlusssätze zusammen: „Es ergibt sich
vollständiger Wirthwar in der Abschägung der
gegenwärtigen deutschen Politik, in der Waffengerüst
mit friedliebenden Klugegebungen und Lobbydelei der
eigenen Kraft mit Aenderungen auf angeblich für das
Reich anbrechende schwere Zeiten sich mischen. Europa
kann an diese Zusammenbangslosigkeit der Erscheinungen
sich gar nicht gewöhnen und fragt zweifelsohn, was
es von einer Regierung zu erwarten habe, an deren
Spitze ein Staatsmann mit so unbestimmter Phy-
siognomie steht, wie der gegenwärtige deutsche Reichs-
kanzler.“ — In einem Spiegel solcher Art werden
den russischen Lesern in dem leitenden Blatte tagtäglich
die deutschen Verhältnisse vorgeführt!

In der **italienischen** Deputirtenkammer
interpellirte der Radicale Bovio die Regierung über
das Disziplinaverfahren gegen Boughi wegen
dessen Veröffentlichungen über die Fürsten-
pflichten und politischen Zustände. Ministerpräsident
Giolitti lehnte die Beantwortung vor dem Urtheils-
spruch des Staatsraths ab. Bovio verlangte darauf
Redefreiheit vor Fürstenthronen. Die Zeiten seien der
Allerhöchsten nicht günstig; man solle also den nicht
schwäuen, der die Volkstimme vor den Thron bringe.
Jedenfalls sollte nur der Fürst darüber zu Gericht
sitzen, nicht der Staatsrath. — Zur italienischen
Bankfrage hofft der „Tribuna“ zufolge die Regierung,
da die Inspection sämmtlicher Commissions-
Institute beendigt ist, die Resultate derselben dem
Parlamente zu Anfang des künftigen Monats vor-
legen zu können; die Regierung dürfe bis dahin auch
in der Lage sein, einen Gesetzentwurf betreffend die
Organisation der Commissions-Institute mit einem
vollständig stiftigen Kapital einzubringen.

Der **Ausschuß des dänischen** Folketings
hat die Erhebung einer Steuer von dem Nettogehalt
der Actiengesellschaften und zwar im Betrage von
2 pCt. für die inländischen Actiengesellschaften und
im Betrage von 3 pCt. für die ausländischen Actien-
gesellschaften wegen der im Lande erzielten Einnahmen
beantragt.

Die **argentinische** Regierung hat die Mobil-
machung der Nationalgarde unterzeichnet.

In **Serbien** ist es abermals zu ersten Ruhe-
störungen gekommen. Der Justizminister hatte
nach der Kreisstadt Bozorezag eine Commission ent-
sendet, um die angeblichen Mißbräuche des dortigen
Gerichtshofes aufzudecken. Der Präsident des Kreis-